



Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln e.V. im Rat der Stadt Köln

An den Vorsitzenden
Des Rates

Telefon: 0221 / 221 – 9 15 12

Herrn
Oberbürgermeister Jürgen Roters

Telefax: 0221 / 221 – 9 15 15

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 07.03.2012

AN/0358/2012

Antrag nach § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	27.03.2012

Solidarität mit den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion der Bürgerbewegung PRO KÖLN e.V. im Rat der Stadt Köln bittet Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Rates zu setzen:

Der Rat der Stadt Köln erklärt seine Solidarität mit den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, die derzeit eine signifikante Erhöhung ihres Reallohns fordern.

Ferner weist der Rat die von ihm in die Aufsichtsräte der stadteigenen und stadtnahen Unternehmen entsandten Mitglieder an, in diesen Gremien darauf hinzuwirken, dass der Forderung der Beschäftigten Folge geleistet wird.

Zur Begründung: Im Zuge der umfassenden Auslagerung von Aufgaben der kommunalen Grundversorgung in stadteigene und stadtnahe Betriebe hat es neben einem deutlichen Qualitätsverlust auch eine erhebliche Kostensteigerung gegeben. Die daraus resultierenden Erträge wurden und werden aber nicht durch Preissenkung an die Kunden weitergegeben, sondern zur Finanzierung fahrlässig produzierter Haushaltsdefizite genutzt. Den Beschäftigten, die im Gegensatz zu den mit Luxus-Bezügen ausgestatteten Vorstandsmitgliedern dieser Unternehmen den wesentlichen Teil der Erträge erwirtschaftet haben, wird ihr Einsatz kaum gedankt. Sei Jahren hat es für sie keine Reallohnerhöhung mehr gegeben. Mit einigem Recht fordern sie deshalb nun eine Lohnerhöhung, die ihnen im Vergleich zu den mit ihrem Betrieb konkurrierenden Unternehmen auch durchaus zusteht.

Bei vielen Unternehmen, die sich am Markt behaupten müssen, ist es seit einiger Zeit üblich, die Beschäftigten am Unternehmensgewinn mit einer jährlichen Bonusausschüttung zu beteiligen. Das verhindert jährlich wiederkehrende Forderungen nach Lohnerhöhungen und steigert die Motivation der Beschäftigten, den Gewinn des Unternehmens zu steigern.

Zudem erhöht sich durch gute Leistungen auch die Zufriedenheit der Kunden, die für die gute Zukunft eines Unternehmens entscheidend sind.

Bei den in diverse Rechtsformen ausgelagerten ehemaligen städtischen Ämtern in Köln handelt es sich nur dem Namen nach um Unternehmen. Ihre wirtschaftliche Führung ist in den seltensten Fällen konkurrenzfähig und ihre Leistung rechtfertigt meistens keine Erhöhung der fällig werdenden Leistungsentgelte. Darunter haben die Beschäftigten in doppelter Hinsicht zu leiden. Zum einen werden sie als Kölner Bürger ohne Leistungssteigerung verstärkt zur Kasse gebeten und zum anderen zahlen sie mit ausbleibenden Realloohnerhöhungen für finanzpolitische Missgriffe von Kämmerin, Oberbürgermeister und den etablierten Raffkes, die Kommunalpolitik vor allem zur Lösung der eigenen sozialen Frage missbrauchen.

Im Übrigen ist auch die allgemeine politische Lage in Deutschland so, dass allen Arbeitnehmern schwerlich weitere Nullrunden oder gar Reallohnverzichte zuzumuten sind. Denn wer hunderte Milliarden Euro für Banken und europäische Pleitestaaten übrig hat, der kann sich nicht auf leere Kassen berufen, wenn es um die Löhne der eigenen Arbeitnehmer geht!

Der Rat der Stadt Köln ist hier in der Pflicht, seine Solidarität zu zeigen und mit seinem Handeln deutlich zu machen, dass er nicht bereit ist, die in vielen stadtnahen und stadteigenen Unternehmen leider üblich gewordene Praxis des schlechten Lohns für gute Arbeit zu tolerieren. Larmoyanz angesichts leerer Kassen ist hier - wie oben beschrieben - sicherlich fehl am Platz.

Mit freundlichen Grüßen

Gez. Judith Wolter